

**Mehrbedarf für Förderungen im Umweltbereich
Evaluierung der drei Vorhaben „Begrünungsbüro“,
„Klimapark“ und „Biodiversität und Klimawandel“**

Produkt 33561200 (Förderungen von Einrichtungen und Projekten im Umweltbereich)
Beschluss über Finanzierungen ab 2018

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09535

4 Anlagen

**Beschluss des Umweltausschusses
vom 07.11.2017 (VB)
Öffentliche Sitzung**

I. Vortrag der Referentin

Am 10.10.2017 war der Stadtrat mit der Beschlussvorlage *Mehrbedarf für Förderungen im Umweltbereich - Evaluierung der drei Vorhaben „Begrünungsbüro“, „Klimapark“ und „Biodiversität und Klimawandel“* (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09535) befasst worden. Diese Vorlage wurde einstimmig unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der ÖDP (Nr. 14-20 / V 09535) in die nächste Sitzung des Umweltausschusses am 07.11.2017 vertagt. Die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit bleibt der Vollversammlung des Stadtrates vorbehalten.

Nachfolgend wird der vorgenannte Änderungsantrag der ÖDP behandelt. Die vorliegende Beschlussvorlage nimmt in ihrer Argumentation Bezug auf die Beschlussvorlage Nr. 14-20 / V 09535 (s. Anlage 1) vom 10.10.2017 und ersetzt in Teilen den damals gestellten Antrag der Referentin.

1. Die ÖDP hat folgenden Änderungsantrag gestellt:
„Ziffer II., Antrag der Referentin, wird in den Punkten 4. ff. geändert und ergänzt:
4. neu:
Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Umweltausschuss das Referat für Gesundheit und Umwelt zu beauftragen, das Vorhaben "Begrünungsbüro" für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2020 weiter zu fördern.“

„5. neu:

Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Umweltausschuss das Referat für Gesundheit und Umwelt zu beauftragen, eine erneute Evaluierung des Vorhabens "Begrünungsbüro" im Juni 2020 vorzunehmen. Der hierfür maßgebliche Evaluierungszeitraum beginnt am 01.01.2018 und endet am 31.12.2019.“

„6. neu:

Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Umweltausschuss das Referat für Gesundheit und Umwelt zu beauftragen, die für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2020 erforderlichen befristeten Haushaltsmittel i. H. v. 100.000 € pro Jahr zur Unterstützung des Vereins Green City e.V. bei der Durchführung des Vorhabens „Begrünungsbüro“ im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2018 bis 2020 bei der Stadtkämmerei anzumelden.“

„7. neu statt 4. alt:

Das Produktkostenbudget erhöht sich, vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November, befristet für 2018 bis 2020 um 200.000 € pro Jahr, davon sind 200.000 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget) und befristet für 2018 für 2021 bis 2023 um 100.000 € pro Jahr, davon sind 100.000 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).“

„8. neu:

Das Begrünungsbüro von Green City e.V. wird aufgefordert bis 2019 eine detaillierte Ausarbeitung vorzulegen, warum in München derzeit so wenig begrünt wird und welche Lösungen von städtischer Seite ergriffen werden können, um Hindernisse zu beseitigen.“

Dazu nimmt das RGU wie folgt Stellung:

Das RGU befürwortet und unterstützt jegliche Begrünungsmaßnahmen, die zu den bereits bekannten ökologischen, sozialen und auch ökonomischen Positivwirkungen in der Stadt München beitragen. Aus diesem Grund hat das RGU die Einrichtung eines Begrünungsbüros durch Green City e. V. befürwortet und seit 2013 bezuschusst.

Allerdings, so hat das RGU es auch in der Sitzungsvorlage vom 10.10.2017 in seiner Gesamtbewertung des Vorhabens begründet,

„ist jedoch die Zahl tatsächlich umgesetzter Begrünungen und deren Dimension zu gering. Einer massiven Steigerung der Anzahl von Begrünungen stehen Rahmenbedingungen entgegen wie:

- die „Mittlerstellung“ des Begrünungsbüros, das nicht die von Bürgerinnen und Bürgern teils erwartete schlüsselfertige Planung liefern darf (damit ein geförderter Verein nicht zur Konkurrenz für einschlägige Fachfirmen wird),*

- *hohe baustatische Voraussetzungen bei Dachbegrünungen,*
- *die erforderliche einstimmige Mehrheit von Wohnungseigentumsgemeinschaften,*
- *die erforderliche Erlaubnis der Architekten wegen Urheberrechten,*
- *keine Festsetzung von Fassadenbegrünung in Bebauungsplänen insbesondere bei Wohngebäuden im Regelfall.*

Bisher wurde das Begrünungsbüro, rechnet man den zu erwartenden vollumfänglichen Zuschuss in 2017 in Höhe von 100.000 Euro hinzu, mit insgesamt 500.000 Euro unterstützt. In dieser Zeit wurden 18 Maßnahmen (s. Anlage 2) realisiert, darunter

- zwei Projekte mit Dachbegrünungen,
- eine Carport-Begrünung,
- neun Fassaden- bzw. Wandbegrünungen,
- zwei Gartenmauerbegrünungen, sowie
- kleinere Maßnahmen wie Pflanztröge und Müllbox-Begrünungen.

Neun weitere Begrünungsprojekte befinden sich noch in Planung.

Dieses Verhältnis von erzieltm Nutzen und eingesetzten Mitteln (s. Bilddokumentation in Anlage 3) und unter der Berücksichtigung von Rahmenbedingungen, die ein Konstrukt wie das von einer NGO betriebene Begrünungsbüro auch bei größter Motivation aller Akteurinnen und Akteure nicht erfolgreich sein lassen können, haben das RGU dazu bewogen, dem Stadtrat die Einstellung der Förderung zu empfehlen.

In der Begründung zu vorliegendem Änderungsantrag wird auf einen scheinbaren Widerspruch hingewiesen, der sich für die Antragstellerin aus dem in der Beschlussvorlage angeführten positiven Bewertung der vom Begrünungsbüro geleisteten Öffentlichkeitsarbeit und der Empfehlung des RGU ergibt, die weitere Förderung des Begrünungsbüros einzustellen.

Das RGU hat in seinem Abwägungsprozess transparent und nachvollziehbar die Vor- und Nachteile des Vorhabens dargestellt. Neben der Anerkennung der von Green City e.V. geleisteten Arbeit, insbesondere der Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, fallen aber die Gründe der oben angeführten Gesamtbewertung, die gegen eine Fortsetzung der Bezuschussung sprechen, sehr viel schwerwiegender aus. Das RGU hält an seiner Argumentation fest, die unter den Punkten „Prüfung der Zielerreichung durch das RGU“, „Einschätzung der künftigen Entwicklung“, „Gesamtbewertung“ (S. 5 ff. der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09535) ausgeführt wurde.

Fazit

Dem zentralen Anliegen des ÖDP-Änderungsantrags - „... *das Begrünungsbüro für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2020 weiter zu fördern ...*“, also den Punkten 5. neu, 6. neu, 7. neu und 8. neu - kann nicht nachgekommen werden.

Das RGU stimmt grundsätzlich der Intention des ÖDP-Antrags zu, Begrünungsmaßnahmen in der Stadt München weiterhin zu fördern und entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Das RGU schlägt deshalb vor, ein Konzept zu erstellen, damit konkrete Begrünungsmaßnahmen in der Praxis auch verstärkt durchgeführt werden. Hierin sollten die Möglichkeiten beschrieben werden, die innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung bestehen bzw. geschaffen werden müssten sowie welche Rahmenbedingungen erfüllt sein müssten, um Begrünungsmaßnahmen erfolgreich durchführen zu können. Dabei ist auch darzustellen, mit welchen Kosten und Personalressourcen die Umsetzung dieser Maßnahmen verbunden wären. Dem Stadtrat wird im Laufe des Jahres 2018 ein auf dieser Prüfung basierender Verfahrensvorschlag unterbreitet.

Die Antragspunkte 5 und 6 sind gegenüber der ursprünglichen Antragsfassung der Beschlussvorlage Nr. 14-20 / V 09535 (s. Anlage 1) vom 10.10.2017 neu eingefügt worden.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Nachtragsbegründung

Auf Grund des Änderungsantrags der ÖDP vom 10.10.2017 war eine fristgerechte Abgabe der Vorlage nicht möglich.

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Stadträtin Sabine Krieger, der zuständige Verwaltungsbeirat, Herr Stadtrat Jens Röver sowie die Stadtkämmerei haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, das Vorhaben "Biodiversität und Klimawandel" für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2023 weiter zu fördern.
2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, eine erneute Evaluierung des Vorhabens "Biodiversität und Klimawandel" im Juni 2023 vorzunehmen. Der hierfür maßgebliche Evaluierungszeitraum beginnt am 01.01.2018 und endet am 31.12.2022.

3. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2023 erforderlichen befristeten Haushaltsmittel i. H. v. 100.000 € pro Jahr zur Unterstützung des Vereins Landesbund für Vogelschutz e.V. bei der Durchführung des Vorhabens „Biodiversität und Klimawandel“ im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2018 bis 2023 bei der Stadtkämmerei anzumelden.
4. Das Produktkostenbudget erhöht sich, vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November, befristet für 2018 bis 2023 um 100.000 € pro Jahr, davon sind 100.000 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).
5. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung bestehen bzw. geschaffen werden müssten, um Begrünungsmaßnahmen in verstärktem Umfang durchführen zu können und mit welchen Kosten dies verbunden wäre.
Dem Stadtrat wird ein auf dieser Prüfung basierender Verfahrensvorschlag im Laufe des Jahres 2018 unterbreitet.
6. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die weitere Bezuschussung des Begrünungsbüros von Green City e.V. ab 2018 einzustellen.
7. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag. Die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit bleibt der Vollversammlung des Stadtrates vorbehalten.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- IV. Abdruck von I. mit III. (Beglaubigungen)
über das Direktorium HA II/V - Stadtratsprotokolle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
- V. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).